

China und die Terroranschläge des 11.9.

Wendepunkt in den sino-amerikanischen Beziehungen?

Gudrun Wacker

Die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 sind in ihren Folgen für die Volksrepublik China noch nicht abzusehen. Wie eine Reihe anderer Staaten sieht auch sie sich vor die Wahl gestellt, entweder mit den USA oder gegen sie zu sein. Während Beijing in ersten offiziellen Stellungnahmen die Anschläge verurteilte und Unterstützung für eine Allianz gegen den Terrorismus signalisierte, spiegelte sich in der zeitgleichen Debatte im chinesischen Internet ein ambivalentes Verhältnis zu den Geschehnissen in den USA wider. In dieser Debatte kam nicht nur wachsender Nationalismus zum Ausdruck, sondern auch Groll gegen die USA als einzige verbliebene Supermacht nach dem Kalten Krieg, die ohne Rücksicht auf die Interessen anderer Staaten ihr »Hegemoniestreben« fortsetze und China an seiner Entwicklung zu hindern versuche.

Für die chinesische Führung stellt die Situation nach dem 11. September ein Dilemma dar: Einerseits bieten sich neue Möglichkeiten, das Verhältnis zu den USA zu verbessern, andererseits hegt sie Mißtrauen gegenüber den Intentionen und Plänen der USA für einen militärischen Gegenschlag, der das Machtgefüge in der Nachbarregion Zentralasien sowie in Pakistan und Afghanistan nachhaltig verändern und damit auch Chinas Sicherheit beeinträchtigen könnte.

In den ersten Monaten nach Amtsantritt der Bush-Administration verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Beijing und Washington in der Folge verschiedener Ereignisse: die Kollision eines chinesischen Abfangjägers mit einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug im April 2001; die Entscheidung der USA im selben Monat, Waffensysteme an Taiwan zu liefern; die Äußerung des neuen amerikanischen Außenministers, China sei kein »strategischer Partner«, sondern ein »strategischer Konkurrent« der USA u.a.m.

Die zweite Amtsperiode von US-Präsident Bill Clinton war durch eine vorsichtige Annäherung zwischen Beijing und Washington gekennzeichnet, die mit dem Besuch Clintons in China im Jahr 1998 ihren Höhepunkt fand. Damals erklärten die USA China zu einem »strategischen Partner«. Dabei blieb allerdings völlig unklar, was diese Partnerschaft zu einer »strategischen« machte. Aber auch unter Clinton hatten der NATO-Einsatz in Jugoslawien und die Pläne der USA zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems, insbesondere

Vgl. auch SWP-Aktuell 15/01 von *Kay Möller*: »Der Ferne Osten nach dem 11. September. Das Grundmuster bleibt«, Berlin, Oktober 2001.

eines regionalen in Nordostasien (*Theater Missile Defense*; TMD), in das möglicherweise auch Taiwan einbezogen werden sollte, in Beijing erbitterten Widerstand hervorgerufen, der auch deutlich geäußert wurde.

»Machtpolitik«, »Hegemoniestreben« und »unipolare Weltordnung« sind die Schlagworte, die die chinesische Position zu den USA charakterisiert: Die einzige Supermacht versuche, der ganzen Welt ihr Wertesystem zu oktroyieren, sie handle unilateral, umgehe internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen, stehe dem Aufbau einer gerechten internationalen Ordnung entgegen und versuche China an seiner Entwicklung zu hindern.

Aus dieser verbreiteten und durch die offiziellen chinesischen Medien gestützten Perzeption erklärt sich, daß in den ersten Tagen nach dem 11. September Diskussionsbeiträge mit anti-amerikanischer Stoßrichtung die Debatte im chinesischen Cyberspace dominierten – obwohl auch chinesische Staatsbürger bei den Anschlägen ums Leben kamen. Der Grundtenor der Meinungen war, die USA hätten sich diese Katastrophe selbst zuzuschreiben; die Toten seien bedauernswerte Opfer der verfehlten Außenpolitik ihrer eigenen Regierung. Terrorismus sei die Antwort auf Hegemonismus und Machtpolitik, wie sie die USA seit dem Ende des Kalten Krieges praktizierten. Als Champion der Globalisierung hätten die USA selbst zu wachsenden Disparitäten zwischen Arm und Reich in der Welt beigetragen und damit den Nährboden für extremistische Kräfte geschaffen. Die USA sollten diese Katastrophe (»Lektion des Blutes«) zum Anlaß nehmen, ihren außenpolitischen Kurs grundsätzlich zu überdenken und frühere Fehler zu korrigieren.

Allzu USA-feindliche Beiträge wurden wenige Tage später aus dem Netz gebannt. Denn neben chinesischen USA-Experten sah vor allem die politische Führung eine Chance, über das gemeinsame Anliegen der Terrorbekämpfung neue Bereiche der Zusammenarbeit mit den USA zu erschließen und damit das bilaterale Verhältnis insgesamt zu verbessern.

Chinas Chancen

In einer ersten offiziellen Reaktion versicherte Jiang Zemin am 11. September mit einem Telegramm dem Präsidenten und dem Volk der Vereinigten Staaten sein Mitgefühl angesichts der Terroranschläge in New York und Washington und betonte, China habe stets gegen Terrorismus in jeder Form gekämpft. In einem Telefonat am Tag darauf unterstrich er Chinas Bereitschaft zur Kooperation mit den USA. Dabei brachte Jiang die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Außenminister und die ständigen Vertretungen in den Vereinten Nationen Konsultation und Zusammenarbeit verstärken. Am 20. September reiste der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan nach Washington, um mit seinem amerikanischen Amtskollegen über eine mögliche Kooperation zu sprechen.

Für Beijing war im Gefolge der Anschläge die Frage wichtig, ob George W. Bush wie geplant im Oktober am Treffen der APEC in Shanghai und in diesem Rahmen an dem bereits verabredeten »Mini-Gipfel« mit dem chinesischen Präsidenten teilnehmen würde.

Chancen bieten sich außenpolitisch nicht nur für eine verstärkte Kooperation mit den USA, die auf dem gemeinsamen Interesse am Kampf gegen den Terrorismus basiert. Die Terroranschläge liefern auch ein Argument, die Pläne der USA zum Aufbau eines nationalen und/oder regionalen Raketenabwehrsystems in Frage zu stellen – hat sich doch gezeigt, daß diese Technologie gegen nicht-traditionelle Bedrohungen wie terroristische Anschläge (auch mit biologischen oder chemischen Kampfstoffen) nichts ausrichten kann. Beijing geht zudem davon aus, daß durch die Kampfansage der USA an den Terrorismus das amerikanische Engagement in der Taiwan-Frage zumindest vorübergehend in den Hintergrund treten wird. Die Verknüpfung der Terroranschläge in den USA mit dem Giftgasanschlag der Aum-Sekte in Japan im Jahr 1995 schließlich läßt das von den USA kritisierte chinesische Vorgehen gegen die Falun-Gong-Bewegung, wenn nicht gerecht-

fertigt, so doch vielleicht in einem milderen Licht erscheinen.

Ähnlich wie Rußland in seinem Umgang mit Tschetschenien rechnet China möglicherweise künftig auch mit mehr internationalem Verständnis für seinen eigenen Kampf gegen »Separatismus, Terrorismus und religiösen Extremismus«. Diesen Kampf führt China hauptsächlich in der Autonomen Region Xinjiang-Uighur im Nordwesten des Landes, die an drei der zentralasiatischen Republiken sowie an Afghanistan und Pakistan direkt angrenzt. Obwohl die Entwicklungen in Xinjiang weit vom Eskalationsniveau eines Tschetschenienkrieges entfernt sind, sieht die chinesische Führung die Stabilität in Xinjiang durch separatistische Kräfte insbesondere unter der uighurischen Minderheit bedroht. Seit Ende der 80er Jahre gab es in Xinjiang immer wieder Proteste, Unruhen und Anschläge. Querverbindungen zwischen den militanten Kräften in der Region und den Taliban sowie Osama bin Laden in Afghanistan werden unterstellt.

Gegen Unruhen in Xinjiang geht die chinesische Führung mit harter Hand und wenig differenziert vor. Zudem hat sie gemeinsam mit Rußland, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und neuerdings Usbekistan in der »Shanghai Organisation für Zusammenarbeit« (bis Juli 2001: »Shanghai Fünf«) dem grenzüberschreitenden Terrorismus, Separatismus und religiösen Extremismus den Kampf angesagt (u.a. durch die Gründung eines Anti-Terrorismuszentrums in Bischkek).

Hätte der ohne UN-Mandat durchgeführte Nato-Einsatz in Jugoslawien die Befürchtung geweckt, China könne wegen seiner Minderheitenpolitik in Tibet und Xinjiang selbst irgendwann Ziel einer »humanitären Intervention« des Westens werden, so darf man in Beijing nach dem 11. September davon ausgehen, daß ein solches Szenario auf absehbare Zeit unwahrscheinlich ist (aus westlicher Sicht erscheint es ohnehin unbegründet).

International eröffnen die Ereignisse vom 11. September China die Möglichkeit,

sich als verantwortungsvolles Mitglied der »zivilisierten« Weltgemeinschaft zu erweisen, indem es sich der breiten Allianz gegen den Terrorismus anschließt. China will sich in dieser Frage keinesfalls im »falschen Lager« wiederfinden. Schließlich will sich das Land modernisieren, weiterentwickeln und in die Weltwirtschaft integrieren. Und dazu braucht es ausländische Direktinvestitionen und Technologietransfers, aber auch eine friedliche internationale Umgebung und die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft.

Chinas Probleme

Die Anschläge und das Spektrum der möglichen Reaktionen der USA bedeuten aber auch ein Dilemma für China: Gegen eine Unterstützung der USA bei ihrem Kampf stehen unter anderem das von Beijing stets hochgehaltene Prinzip der nationalen Souveränität und die strikte Ablehnung jeder externen Einmischung in innere Angelegenheiten (insbesondere Tibet und Taiwan). Gleichzeitig befürchtet man im Falle eines Militärschlages gegen das Taliban-Regime in Afghanistan

- eine weitere Destabilisierung und Radikalisierung in der Gesamtregion mit Auswirkungen auf China;
- eine stärkere (auch militärische) Präsenz und zunehmenden Einfluß der USA in den zentralasiatischen Staaten und in Pakistan;
- daß die USA das Taliban-Regime in Afghanistan durch eine andere, US-freundliche Regierung ersetzen könnten.

Längerfristig birgt die Situation insofern das Risiko einer Verschlechterung der sino-amerikanischen Beziehungen und der chinesischen Sicherheitslage. Die chinesische Verhandlungsposition gegenüber den USA ist zudem schwächer als jene Rußlands. Während Moskau aus der Zeit der sowjetischen Okkupation Afghanistans über wertvolle Informationen und Erfahrungen verfügt und zumindest einen gewissen Einfluß darauf nehmen kann, wie sich die zentralasiatischen Staaten den USA

gegenüber verhalten werden (Überflug- und Stationierungsrechte), fehlen China vergleichbare »Trumpfkarten«.

Am 19. September entsandte China einen Vize-Außenminister nach Islamabad, um sich mit der pakistanischen Regierung zu beraten. Zu Pakistan unterhält China traditionell enge Beziehungen. In den letzten Jahren wurden sie nur dadurch getrübt, daß Uighuren offenbar über Pakistan nach Afghanistan gelangten und sich dort zu Kämpfern ausbilden ließen. China gab Islamabad Rückendeckung für eine Unterstützung der USA. Dies ist den möglichen Alternativen vorzuziehen, dort entweder an Einfluß zu verlieren oder zu riskieren, daß Chinas »regionaler Rivale« Indien in die Bresche springt, dessen Beziehungen zu den USA sich in den letzten Jahren ohnehin erwärmt haben. Keinesfalls kann Beijing an einer politischen Destabilisierung der jetzigen Musharraf-Regierung in Pakistan wegen Unterstützung der USA interessiert sein.

Ausgerechnet am Tag der Anschläge in den USA soll China ein Abkommen mit den Taliban unterzeichnet haben. Von chinesischer Seite wurde sofort dementiert, daß offizielle Kontakte aufgenommen worden seien. Tatsächlich aber war China (wie auch einige der zentralasiatischen Republiken) in den letzten Jahren zu der Auffassung gelangt, es könne vorteilhafter sein, sich informell mit den Taliban zu arrangieren, als sich jeder Einflußmöglichkeit zu begeben.

Da Chinas Nordwesten (Autonome Region Xinjiang-Uighur) mit drei der zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan) sowie mit Afghanistan und Pakistan eine gemeinsame Grenze hat, wären durch eine amerikanische Truppenpräsenz in einem Teil dieser Staaten Chinas Einflußmöglichkeiten in der Region erheblich eingeschränkt. Um der Gefahr einer Destabilisierung in Xinjiang vorzubeugen, hat China dort mittlerweile Truppen zusammengezogen.

Auswege

Das geschilderte Dilemma versucht Beijing dadurch zu lösen, daß es zum einen darauf hinarbeitet, die USA-geführte Koalition gegen den Terrorismus zu einer UN-geführten zu machen, und daß es zum anderen bilateral mit den USA verhandelt (obwohl bislang nichts über einen Preis für die chinesische Kooperation verlautete) und sich mit weiteren Beteiligten, insbesondere Rußland und Pakistan, abstimmt.

Sowohl Jiang Zemin (gegenüber George W. Bush und Tony Blair) als auch die Sprecher des chinesischen Außenministeriums unterstrichen die Rolle der Vereinten Nationen im internationalen Kampf gegen den Terrorismus. Die Resolutionen des Sicherheitsrates vom 12. und 29. September wurden von China mitgetragen. Daß Beijing dafür eintritt, den Kampf über die Vereinten Nationen zu führen, liegt ganz auf der seit Jahren vertretenen Linie: Stärkung der Vereinten Nationen, keine Militärinterventionen ohne VN-Mandat. Denn als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates kann China Einfluß nehmen oder mißliebige Entscheidungen durch sein Veto recht verhindern.

China wird darum bemüht sein, im Gefolge des 11. September sein Verhältnis zu den USA zu verbessern, für sich neue (Ver-)Handlungsspielräume zu eröffnen und dabei gleichzeitig eine künftige »Umklammerung« durch die USA, mit amerikanischer Truppenpräsenz nicht nur östlich (Südkorea und Japan), sondern auch westlich (Zentralasien, Pakistan, Afghanistan) seiner Grenzen, zu verhindern.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf